

Bremer Sprungschance

Am Sonntag wird in der Hansestadt ein neues Landesparlament gewählt. Ein Wahlerfolg könnte der Linken enormen Auftrieb geben. **Von Andreas Grünwald**

Selbst der Bremer Roland trug rote Fahnen, als Oskar Lafontaine und Gregor Gysi am Mittwoch vor dem Rathaus der Hansestadt den Wahlkampfendspurt der Linken einleiteten. Beide unterstrichen dort, welche Bedeutung die Landtagswahl am Sonntag für die Linke hat: Das Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde könnte die Sprungschance zum Einzug auch in andere Landtage der alten BRD sein. Wenn es in Bremen klappt, sei die Linke »auch in Hamburg drin«, spekulierte Lafontaine. Und das erhöhe wiederum die Chancen in Niedersachsen und Hessen.

Der erste Sprung der Linken in einen westdeutschen Landtag ist in der Tat möglich – das entsprechende Protestpotential ist in der Bevölkerung vorhanden. Der aus Bremen und Bremerhaven bestehende Stadtstaat ist nicht nur das kleinste, sondern mit fast 14 Milliarden Euro Schulden auch das ärmste Bundesland. Nirgendwo sonst wurden die Ausgaben für Arbeit, Soziales und Bildung so drastisch gekürzt wie in Bremen. Verantwortlich dafür ist die seit zwölf Jahren regierende Koalition aus SPD und CDU.

Folgerichtig stellte die Linke die soziale Frage in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Als im Oktober der Tod eines von der Fürsorge betreuten Kindes die Öffentlichkeit erschütterte, kam heraus, daß die Bremer Sozialarbeiter heute fünf Mal so viele Menschen betreuen müssen wie noch vor einigen Jahren. Fast 102 000 Menschen, darunter 28 000 Kinder und 5 000 Jugendliche, sind von staatlichen Leistungen abhängig.

Anlaß genug für die Linke, konkrete Verbesserungen zu fordern: etwa den gesetzlichen Mindestlohn, die Ablehnung von Privatisierungen, die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems und den Ausbau von Kindertagesstätten. Finanziert werden soll das mit zusätzlichen Einnahmen und mit



Spitzenkandidaten der Bremer Linken mit Bundestagsfraktionspitze

Haushaltsumschichtungen zu Lasten teurer Prestigeprojekte.

Der Wahlkampf zeigte Wirkung, denn inzwischen ist auch Hartmut Perschau, CDU-Fraktionschef in der Bürgerschaft, Befürworter von »Mindesteinkommen«. Die Landes-SPD startete zu diesem Thema sogar eine eigene Kampagne. Übernommen haben SPD und CDU schließlich auch die Idee der Linken, ein Sozialticket für Hartz-IV-Empfänger einzuführen. Das könnte nun auch zum Problem der Linken werden: Sie sind bei den letzten Umfragen nämlich auf 4,5 Prozent gesunken.

Traditionell betrachten sich viele Bremer irgendwie als »links«. Lafontaine hatte daher am Mittwoch

leichtes Spiel, seine rund 500 Zuhörer zu begeistern. Den Großkonzernen quelle »das Geld aus den Ohren«, kritisierte er. Und wenn Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) unter diesen Umständen eine Rentenerhöhung von 0,54 Prozent als Erfolg ausweise, zeige das nur eins: »Der Mann hat einen Knall!«. Gysi allerdings wurde dann Opfer eines mehr oder weniger göttlichen Eingriffs: Kaum hatte er zu einer feurigen Rede angesetzt, erdröhnten die Glocken des Doms. Da mußte der kleine Mann erst einmal stille sein.

Mit ihren politischen Aussagen hat die Linke während des Wahlkampfes zumeist offene Türen eingearannt. Daß aber Anfang der Woche bekannt wurde, daß sich auf der linken Bür-

gerschaftsliste für Bremerhaven auch ein ehemaliger Parteigänger von des Hamburger Rechten Ronald Barnabas Schill befindet, bringt die Linke in Erklärungsnot. Wie das geschehen konnte, weiß auch die Bürgerschaftskandidaten Monique Troedel nicht.

Die Rechten – das sind in Bremen die DVU, die REPs und die Wählerinitiative »Bremen muß leben«. Beunruhigend sei, mit wie viel Geld diese Gruppen den Wahlkampf führten, sagt Toni Brinkmann von der WASG. Daß auch die Rechten durchaus in das Landesparlament (hanseatisch: Bürgerschaft) einziehen könnten, liegt daran, daß es reicht, in nur einer der beiden Städte die fünf Prozent zu zu überspringen.

ERGEBNISSE

Linkes Potential

◆ So schnitten linke Parteien von 1946 bis 2003 bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft ab:

1946	KPD	11,5 %
1947	KPD	8,8 %
1951	KPD	6,4 %
1955	KPD	5,0 %
1959	keine	
1963	DFU	2,7 %
1967	DFU	4,2 %
1971	DKP	3,1 %
1975	DKP	2,1 %
	KBW	0,6 %
1979	DKP	0,8 %
	AL	1,4 %
	KBW	0,1 %
1983	BAL	1,3 %
1987	DKP	0,6 %
1991	keine	
1995	PDS	2,4 %
1999	PDS	2,9 %
2003	PDS	1,7 %

Legende:

KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

DFU = Deutsche Friedensunion

DKP = Deutsche Kommunistische Partei

KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland

AL = Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz Bremen

BAL = Betrieblich Alternative Liste

PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus

Letzte Meinungsumfrage zur Bürgerschaftswahl vom 5. Mai 2007

Laut einer Meinungsumfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (es war die letzte vor den Bürgerschaftswahlen am Sonntag), waren sich gut eine Woche vor der Stimmenabgabe 54 Prozent aller Wähler noch nicht sicher, ob und wen sie gegebenenfalls wählen. Unter denen, die ihre Entscheidung bereits getroffen hatten, entfielen 40 Prozent für die SPD, 28 Prozent für die CDU, 14 Prozent für die Grünen, 6 Prozent für die FDP, 4 Prozent auf die DVU, 4,5 Prozent auf die LINKE. Alle übrigen Parteien erreichten zusammen 3,5 Prozent. (ag)

Am Sonntag wird gewählt. Umfragen sehen ihre Partei bei 4,5 Prozent. Wird das eine Zitterpartie?

Wir sind guten Mutes, in die Bürgerschaft einzuziehen. Denn bei den Bundestagswahlen erreichten wir aus dem Stand 8,4 Prozent. Zwar sind die Bundestagswahlen mit Landtagswahlen nicht völlig vergleichbar, doch das Ergebnis hat zumindest gezeigt, wie groß das Potential für linke Politik ist.

Daß sich ein Rechter auf Ihre Bürgerschaftsliste für Bremerhaven eingeschlichen hat – könnte das nun zum Stolperstein werden?

Ich will das nicht überbewerten, denn daß der Mann in die Bürgerschaft zieht, ist äußerst unwahrscheinlich. Dafür müßten wir in Bremerhaven auf zehn bis 15 Prozent kommen. Sollte dies aber doch der Fall sein und würde er dann das ersichene Mandat nicht zurückgeben, dann würden wir ihn sofort aus unserer Fraktion ausschließen. Im übrigen sind wir der Presse dankbar, das aufgedeckt zu haben.

Besser wäre es, Sie hätten es selbst und vor der Nominierung bemerkt. Was sagen Sie nun den 2 000 Menschen, die noch am letzten Sonntag gegen den drohenden Einzug der

»Wir wollen in Bremen umsteuern!«

Die LINKE könnte am Sonntag bei der Bürgerschaftswahl in das erste westdeutsche Landesparlament einziehen. Ein Gespräch mit Peter Erlanson



Peter Erlanson ist Krankenpfleger und Spitzenkandidat der LINKEN bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen

DVU in die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven demonstriert haben?

Daß uns der Mann belogen hat. Denn wie jeder andere wurde er vor seiner Wahl ausführlich zu seinen Positionen und zu seiner Biografie befragt. Ich muß aber eingestehen, daß dieser Fehler auch deshalb passierte, weil wir uns selbst als neue Kraft erst mal zusammenraufen mußten. Das hat er ausgenutzt.

Was wollen Sie in der Bürgerschaft? Die Haushaltslage ist in Bremen so schlecht, daß es selbst der LINKEN schwer fallen dürfte, finanzierbare sozialpolitische Alternativen vorzuschlagen.

Einige der uns bedrückenden Fragen können nur auf Bundesebene gelöst werden. Vieles ist aber hausgemacht. Zum Beispiel dieses Haushaltsanierungsprogramm, das seit zwölf Jahren läuft. Das war nichts anderes als Umverteilung von unten nach oben. Und während so die Ausgaben für Bildung, Soziales und Arbeit immer weiter gesenkt wurden, flossen Hunderte Millionen Euro in Prestigeprojekte, wie etwa den Space-Park, die Galopprennbahn oder das Musical-Haus. Das umzusteuern, werden wir in der Bürgerschaft fordern.

Experten sagen, daß die Verschuldung Bremens inzwischen so hoch ist, daß sie ohne Erhöhung der Gebühren, Steuern und Abgaben kaum beherrschbar ist.

Auch wir sind für höhere Einnahmen. Die Frage ist nur: Wie und durch wen? Steuergerechtigkeit bedeutet für uns, daß auch die Reichen zahlen müssen.

Denn in kaum einer anderen Stadt gibt es so viele Millionäre wie in Bremen. Deshalb fordert die LINKE die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Geprüft werden muß auch, wie das Steueraufkommen verrechnet wird. Es kann nicht sein, daß Leute, die in Bremen arbeiten, ihre Lohnsteuer außerhalb der Stadtgrenzen verrechnen.

Zusätzliche Einnahmen erhofft sich der SPD-CDU-Senat durch eine Teilprivatisierung der Kliniken.

Das ist nicht anderes als Diebstahl öffentlichen Eigentums! Wie Kliniken zu finanzieren sind, das ist im Krankenhausfinanzierungsgesetz klar geregelt. Für das operative Geschäft sind die Krankenkassen zuständig. Für Investitionen das Land oder die Kommune. Fehlt es dafür an Geld, müßten notfalls Kredite aufgenommen werden.

Angenommen, es ergibt sich die Chance, die große Koalition zu be-

enden. Wie würde die LINKE das unterstützen?

Sicherlich nicht durch eine Regierungsbeteiligung. Die Programme der anderen Parteien sind mit unseren Vorstellungen nicht vereinbar. Druck für Veränderungen wollen wir als Opposition entwickeln. Eine andere Lage bestünde dann, wenn sich SPD und Grüne unseren eigenen Vorstellungen anpassen.

Beim Mindestlohn scheint dies der Fall zu sein. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hat dazu jetzt sogar eine Kampagne gestartet.

So lange die SPD unsere eigenen Anträge im Bundestag, einen solchen Mindestlohn einzurichten, fast geschlossen ablehnt, ist das doch nichts anderes als Wahlkampfgetöse. Ohne irgendeine Konsequenz will sich Böhrnsen so nur profilieren und uns die Stimmen nehmen.

Interview: Andreas Grünwald